

Ausserdem

Ein Bankenknatsch, immerhin

Von Stefan Howald

Für die Schweizer Wirtschaftsszene ist es ein veritabler Knatsch, wie die Nationalbank der Credit Suisse an den Karren gefahren ist. Sogar das ehemalige CS-Geschäftsleitungsmitglied Hans Geiger rät der Bank, sie solle jetzt die Klappe halten. «Wer sich heute mit der Nationalbank anlegt, hat den Verstand verloren», liess der emeritierte SVP-Professor verlauten.

Inhaltlich ist der Vorwurf der Unterkapitalisierung, den die Schweizerische Nationalbank (SNB) erhebt, nichts Neues. Die Möglichkeit, die Eigenkapitalquote auf so genannte risikogewichtete Aktiven zu berechnen, war immer eine gefährliche Mogelpackung, weil die Banken das Risiko selbst gewichten können. Darauf ist in der WOZ mehrfach hingewiesen worden. Bei der viel wichtigeren Leverage Ratio, der Quote des Eigenkapitals in Bezug auf die gesamte Bilanzsumme, lagen und liegen die beiden Schweizer Grossbanken international weiterhin im Hintertreffen.

Auch die Reaktion der CS ist nichts Neues. CS-Chef Brady Dougan hält hartnäckig an der Vernebelung mit dubiosen Kapitalinstrumenten fest, die angeblich die Sicherheit der Bank erhöhen sollen. Und er zeigt sich ebenso «erstaunt» wie «enttäuscht» von der SNB. Tja, für die Banken ist solche Kritik bereits wieder ungewohnt.

Das Parlament hat es letzten Herbst abgelehnt, schärfere Vorschriften durchzusetzen. Bahnt sich mit dem jetzigen Scharmützel ein Wechsel an? Wohl kaum. Einige KritikerInnen sorgen sich bloss um die armen AktionärInnen und ihre Dividenden. Deshalb sind viele CS-Aktien auf den Markt geworfen worden und haben den Kurs in den Keller gedrückt. Solche Sorgen kann man den kannibalischen Tendenzen des Marktes überlassen.

Bemerkenswert scheint immerhin, dass die bisherige Arbeitsteilung zwischen Nationalbank und Finanzmarktaufsicht aufgebrochen worden ist. Bislang war Letztere für die Kontrolle

und entsprechende Rügen an die Banken zuständig, trat dabei aber zaghaft und nachsichtig auf. Da es ist doch schon mal erfreulich, dass die Nationalbank sich mutiger verlauten lässt und sich nicht auf eine reine Geldpolitik gegen den Euro beschränkt.

Dieser Artikel erschien in der WOZ Die Wochenzeitung Nr. 25/12 vom 21. Juni 2012.